

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Ulrike Flach, Otto Fricke, Dr. Claudia Winterstein, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily, Marina Schuster, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Volker Wissing, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/9900, 16/9902, 16/10424, 16/10425 –**

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Haushaltskonsolidierung als ein integraler Bestandteil der Finanzpolitik wird mit dem Bundeshaushalt 2009 durch die Bundesregierung aufgegeben. Das angestrebte Ziel eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2011 wird nicht erreicht. Die von der Bundesregierung propagierte „gestaltende Finanzpolitik“ ist gescheitert und dokumentiert die ökonomische und haushaltspolitische Kurzsichtigkeit.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
den Bundeshaushalt 2009 an die ökonomischen und finanzwirtschaftlichen Entwicklungen anzupassen.

Berlin, den 25. November 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

Begründung

Mit dem Bundeshaushalt 2009 wird der ohnehin bisher wenig ambitionierte Konsolidierungskurs verlassen. Das so genannte „Herzstück“ des Regierungsprogramms ist gescheitert. Damit entfallen die Legitimation und die zentrale Begründung des Regierungshandelns.

Der Bundeshaushalt 2009 ist gekennzeichnet durch

- ein Wiederansteigen der Neuverschuldung,
- ein deutlich geringeres Wirtschaftswachstum,
- eine höhere Arbeitslosigkeit.

Der Bundeshaushalt 2009 basiert auf zu positiven Annahmen und gibt das aktuelle Ausmaß der Finanzmarktkrise und des Wirtschaftsabschwungs nicht wieder. Die haushaltsrelevanten wirtschaftlichen Eckdaten sind überzeichnet. Damit werden die Risiken für den Bundeshaushalt 2009 verschleiert. Gestützt auf unrealistische Haushaltsansätze enthält der Bundeshaushalt 2009 Haushaltsrisiken in Milliardenhöhe. So sind die Arbeitsmarktausgaben und die Steuereinnahmen nicht realistisch abgebildet.

Gleichzeitig will die Bundesregierung mit einem schuldenfinanzierten Konjunkturprogramm der Rezession in Deutschland begegnen. Hier zeigt sich die Widersprüchlichkeit ihrer Politik. Mit einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen soll die Konjunkturschwäche überwunden werden. Doch gleichzeitig werden die Bürger und Unternehmen durch von der Bundesregierung zu verantwortende steuerliche und andere gesetzliche Maßnahmen im Jahr 2009 mit rd. 58 Mrd. Euro belastet. Infolgedessen wird der private Konsum als Konjunkturstütze ausfallen. Ein solches Vorgehen entbehrt jeder Logik.

Mit diesem Konjunkturprogramm werden sämtliche ordnungspolitischen Prinzipien außer Kraft gesetzt. Der Staatshaushalt wird mit kurzatmigen Maßnahmen, die wenig bringen und hohe Mitnahmeeffekte haben, in Milliardenhöhe belastet.

Die bessere Alternative zur Stützung der Konjunktur ist eine Begrenzung der konsumtiven Staatsausgaben verbunden mit einer Steuerstrukturreform und Abgabenerlastungen. Dies wäre ein ökonomisch vielversprechender und in der aktuellen Situation angezeigter marktwirtschaftlicher Weg der Vernunft.

Die Bundesregierung macht das Gegenteil von dem ökonomisch Notwendigen. Der konjunkturstützende Effekt wird ausbleiben. Denn viele der geplanten Maßnahmen bieten so geringe Anreize, dass es wenig wahrscheinlich ist, verunsicherte Bürger und Unternehmen zu großen Ausgaben zu bewegen. Einmalige, kostenaufwändige Ausgabenprogramme helfen in der aktuellen wirtschaftlichen Situation nicht. Zudem sind konjunkturstabilisierende Maßnahmen kein Ersatz für strukturelle Reformen, die Deutschland dringend benötigt.

Es rächt sich jetzt, dass die Bundesregierung mit den Genshagener Beschlüssen ein klassisches, kreditfinanziertes Konjunkturprogramm von 25 Mrd. Euro bei ihrem Regierungsantritt aufgelegt hat. Dies war unnötig und ökonomisch widersinnig angesichts einer sich damals bereits deutlich verbessernden Konjunktur. Eine Finanzierung durch Schuldenaufnahme hätte schon damals nicht geleistet werden müssen; besser wäre eine stärkere Haushaltsdisziplinierung durch Ausgabenreduzierung gewesen. Wieder wurde ökonomisch irrational gehandelt und die Finanzmittel, die jetzt im Abschwung dringend benötigt werden, im Aufschwung ausgegeben.

Bedeutsam in der aktuellen wirtschaftlichen Situation ist zudem, dass die Bundesregierung mit Regierungsantritt die Fiskalpolitik und das fiskalische Abstrafen der Bürger in den Vordergrund gestellt hat. Geblendet und getragen von

dem florierenden Export als einen wichtigen Faktor für das deutsche Wirtschaftswachstum, wurde seit dem Regierungsantritt der binnenwirtschaftliche Faktor gänzlich negiert und die Bürger exorbitant belastet. Jetzt, da der Export als makroökonomische Stimulanz der deutschen Wirtschaft ausfällt, soll die Konsumneigung der Bürger durch ein Konjunkturprogramm angeregt werden. Dieses politische Vorgehen passt nicht zusammen. Die sinnstiftende Vision dieser Politik ist nicht zu erkennen.

Kurzsichtiges Handeln und eine kurzatmige Politik sind wesentliche Bestandteile der Haushaltspolitik dieser Bundesregierung. Dies zeigt sich besonders im ersten Jahr des konjunkturellen Gegenwindes: die Neuverschuldung steigt.

Es müssen mehr Kredite als geplant aufgenommen werden – und dies trotz Steuermehreinnahmen von rd. 55 Mrd. Euro im Vergleich zum Jahr 2005.

Die Bundesregierung hat die sehr guten konjunkturellen Phasen der Jahre 2006, 2007 und 2008 für die Haushaltskonsolidierung letztendlich ungenutzt verstreichen lassen. Statt die Neuverschuldung auf Null zu reduzieren und Haushaltsüberschüsse auszuweisen, wurde Umverteilungspolitik mit einer Vielzahl von Wahlgeschenken betrieben.

Der Grundsatz, die aktuellen Einnahmen nicht zur Grundlage langfristiger Ausgaben zu machen, wurde von der Bundesregierung nicht beherzigt.

Generell wurde bei der Haushaltskonsolidierung nicht auf Ausgabenbegrenzung, sondern einzig auf Einnahmenerhöhung in Verbindung mit massiven Steuererhöhungen gesetzt. Dieser politische Ansatz erweist sich als falsch – umso deutlicher in konjunkturschwachen Zeiten.

Internationale Erfahrungen belegen schon seit längerem, dass Konsolidierungen, die auf Einsparungen statt auf Steuererhöhungen setzen, erfolgreicher sind und mittelfristig auch zu einer besseren Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung führen.

Die Gründe für das Scheitern bei der Haushaltskonsolidierung und das aufgegebene Ziel eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2011 sind nicht ursächlich in der Finanzkrise zu sehen. Die Gründe sind auszumachen in einem mangelnden Sparwillen und in einer falsch angelegten Konzeption in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

